



AfD Sachsen-Anhalt: Rechtsextreme Verstrickungen vor der Landtagswahl

Bericht: Jana Merkel, Thomas Vorreyer

Zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt kandidiert auf der Landesliste der AfD auch Mathias Knispel aus Wolmirstedt, auf Listenplatz 25. Erreicht die Partei ein hohes Ergebnis, könnte er in den Landtag einziehen. Schon heute sitzt Knispel für die AfD im Stadtrat von Wolmirstedt.

Bei unseren Recherchen stoßen wir auf diese Aufnahmen: Magdeburg, im November 2018: Mit Fackeln und schwarzen Fahnen marschieren Rechtsextreme durch die Stadt.

„Frei! Sozial! Und national!“

Unter den Teilnehmern: der heutige AfD-Kandidat Mathias Knispel. Der Verfassungsschutz des Landes schreibt in seinem Jahresbericht 2018 über diesen Fackelmarsch:

“Die etwa 700 Teilnehmenden stammten mehrheitlich aus dem rechtsextremistischen Milieu. Insbesondere mitgeführte Banner (...) zeigen, dass die Veranstalter den Schulterchluss mit dem klassischen Rechtsextremismus nicht scheuten.”

Quelle: Verfassungsschutzbericht Sachsen-Anhalt 2018

Auf einem Transparent wurde zum Beispiel Freiheit für die verurteilte Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck gefordert. In der Menge dahinter: Mathias Knispel. Einen Monat zuvor hatte er seine Aufnahme in die AfD beantragt. Wir wollen mit ihm über diesen Fackelmarsch reden. Bei einer Wahlkampfveranstaltung sprechen wir den Listenkandidaten an.

Thomas Vorreyer, Reporter:

„Ich würde gerne von Ihnen gerne von nur mal wissen, warum Sie da waren. Was Sie dazu bewogen hat, an dieser Veranstaltung teilzunehmen?“

Mathias Knispel, AfD-Listenkandidat Sachsen-Anhalt:

„Ich kann Ihnen gar nicht sagen, was das für eine Demo war.“

Wir zeigen ihm die Videos vom Fackelmarsch, den eine rechtsextremistische Gruppe mit dem Namen “Bürgerinitiative Magdeburg” organisiert hatte.

Reporter: „Waren Sie da zufällig, waren Sie da absichtlich?“

Mathias Knispel: „Das kann ich Ihnen gar nicht sagen.“

Reporter: „Sie wissen nicht, warum Sie auf dieser Demo waren?“

Hinweis: Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für den privaten Gebrauch des Empfängers verwendet werden. Jede Verwertung ohne Zustimmung des Urheberberechtigten ist unzulässig.



Mathias Knispel: „Na warum ich da war, sicher. Bürgerinitiative Magdeburg e.V., haben Sie ja gerade selber gesagt, das ist ja nichts Verwerfliches. Das war ja meines Erachtens auch nichts Verbotenes.“

Reporter: „Das ist eine vom Verfassungsschutz als rechtsextremistisch eingestufte Organisation.“

Mathias Knispel: „Das ist mir neu, das ist mir neu.“

Das Transparent zur Holocaustleugnerin Haverbeck habe er nicht gesehen, sagt er.

Reporter: „Meinen Sie also, konnten Sie nicht erkennen, dass es eine rechtsextreme Demo ist?“

Mathias Knispel: „Nein. Nein.“

Wir treffen den AfD-Landesvorsitzenden Martin Reichardt und zeigen ihm die Bilder von Mathias Knispel beim Fackelmarsch.

Thomas Vorreyer, Reporter:

“Wie bewerten Sie denn das, dass er sich dort beteiligt hat?“

Martin Reichardt, Landesvorsitzender AfD Sachsen-Anhalt:

“Also gut, das ist die Frage, inwieweit er dort selbst irgendwas skandiert hat, was er da gemacht hat. Grundsätzlich lehnen wir sag ich mal gerade solche Holocaust-Leugnung und das lehnen wir ab. Allerdings muss dann geprüft werden, muss geschaut werden: Wo war Herr Knispel da? Wie steht er selbst dazu? Was hat er dazu gesagt? Da muss mit ihm geredet werden. Das werden wir tun. Und dann werden wir sehen, was das ergibt.“

Inzwischen sei der Fall erledigt, so Reichardt gestern. Denn Knispel habe sich von jeglicher Holocaust-Leugnung distanziert.

Während unserer Recherche schauen wir uns auch die AfD-Fraktion im Landtag an. Und stellen fest: Zwei Fraktionsmitarbeiter haben eine Neonazi-Vorgeschichte. Patrick H. - der Referent des Fraktionsvorsitzenden, seit 2017 hier beschäftigt. Und Laurens N. - der Referent des Parlamentarischen Geschäftsführers, nach unseren Recherchen seit Januar 2021 in der Fraktion. Beide waren früher Funktionäre der “Heimattreuen Deutschen Jugend”, kurz HDJ.

Diese Bilder von 2007 zeigen ein Zeltlager der Organisation. In der HDJ sollten Kinder und Jugendliche zu einer neuen nationalsozialistischen Elite erzogen werden - erklärt der Extremismusforscher Prof. Armin Pfahl-Traughber.

Hinweis: Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für den privaten Gebrauch des Empfängers verwendet werden. Jede Verwertung ohne Zustimmung des Urheberberechtigten ist unzulässig.



Prof. Armin Pfahl-Traughber, Extremismusforscher Hochschule des Bundes, Brühl:

„Die HDJ, die Heimattreue Deutsche Jugend klingt ja so ähnlich wie die HJ, die Hitlerjugend. Und sie hat tatsächlich diverse Gemeinsamkeiten. Sie war eben eine Jugendorganisation, die Freizeitangebote präsentierte, also Zeltlager, Wanderungen, Liederabende. Also damit wollte man Jugendliche ansprechen, auch ideologisieren und in die rechtsextremistische Szene integrieren.“

FAKT hat in internen Dokumenten der HDJ recherchiert. Eines der Protokolle belegt: Im Jahr 2002 wurde Patrick H. als Leiter der sogenannten Abteilung Beschaffung wiedergewählt.

Die Dokumente zeigen auch: Laurens N. war spätestens ab 1996 Funktionär der HDJ und ihrer Vorgängerorganisation. Im Verfassungsschutzbericht des Landes Brandenburg wird er 2002 namentlich als Bundesführer der HDJ genannt.

Wir wollen darüber mit AfD-Fraktionschef Oliver Kirchner sprechen. Zum Termin wird er begleitet von Patrick H. - Er will uns keine Fragen beantworten.

In der HDJ-Vergangenheit seiner Mitarbeiter sieht Fraktionschef Kirchner kein Problem.

Oliver Kirchner, AfD-Fraktionschef Sachsen-Anhalt, Spitzenkandidat zur Landtagswahl:

Weil es ewig her ist. Warum will man den Menschen, die gut ausgebildet sind und die sich für uns engagieren wollen, diese Chance nicht einräumen? / Ja, welche Vorgeschichte die haben, das kann man gerne mit denen besprechen, untereinander. Aber ich wüsste nicht, was das die Presse angeht. / Also ich weiß, dass die beiden heute – und wahrscheinlich auch damals – immer zur freiheitlich demokratischen Grundordnung gestanden haben. Das ist für mich entscheidend, um sie hier anstellen zu können.

Zur Erinnerung: Die HDJ wurde 2009 sogar verboten, weil sie als besonders extremistisch und gefährlich galt.

Rechtsextreme Verstrickungen auf der Kandidatenliste und beim Fraktionspersonal der AfD Sachsen-Anhalt - Den Extremismusforscher überraschen diese Erkenntnisse nicht.

Prof. Armin Pfahl-Traughber, Extremismusforscher, Hochschule des Bundes Brühl:

„Man findet Rechtsextremisten in einer mehrheitlich rechtsextremistischen Partei. Das Besondere daran oder ein möglicher Erkenntnisgewinn ist nur der, aus welchen Bereichen des bisherigen Rechtsextremismus diese Leute kommen. / Das wären sozusagen Besonderheiten, die man sich anschauen muss für die Entwicklung der Partei. Aber in der Grundsubstanz ändert sich dadurch nichts.“

Hinweis: Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für den privaten Gebrauch des Empfängers verwendet werden. Jede Verwertung ohne Zustimmung des Urheberberechtigten ist unzulässig.



Zurzeit klagt die AfD Sachsen-Anhalt gegen den Verfassungsschutz des Landes, und will verhindern, dass sie als rechtsextremistischer Verdachtsfall beobachtet wird.